

Mark Jäckel
Kalkoffenstrasse 1
66113 Saarbrücken
Tel.: 0681 97058950
Fax: 0681 98578312
Mobil: 01577 8071000
eMail: mark.jaeckel@hotmail.com

Amtsgericht Saarbrücken
Nebenstelle Heidenkopferdell
Bertha-von-Suttner-Str. 2
66123 Saarbrücken

Datum: 13.12.2024

AZ: 39 F 239/23 SO

Beschwerde über manipulative und verantwortungslose Handlungsweisen des Jugendamtes und des Bereitschaftsdienstes sowie Antrag auf Überprüfung von deren Handeln

Vorwort

Ich bin mir bewusst, dass die in meiner Beschwerde geschilderten Ereignisse schon länger zurückliegen. Dennoch halte ich es für dringend erforderlich, diese Handlungen erneut zu beleuchten, da sie in direktem Zusammenhang mit einem manipulierten Sorgerechtsverfahren (39 F 221/22 EASO) stehen, das auf Falschaussagen und Verzerrungen basiert.

Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass das Jugendamt – insbesondere Frau Meiser – in einem späteren Schreiben an das Gericht (05.10.2022) betont hat, dass ich "sehr oft die Polizei rief" und dabei kein Alkoholismus bei der Kindesmutter festgestellt werden konnte. Dieser Vorwurf wurde gezielt genutzt, um meine Glaubwürdigkeit als besorgter Vater infrage zu stellen und meine wiederholten Bemühungen, das Wohl meines Kindes zu schützen, ins Gegenteil zu verkehren.

Die in dieser Beschwerde aufgezeigten Zusammenhänge, insbesondere die Reaktion des Bereitschaftsdienstes und das bewusste Zurückhalten von Informationen durch das Jugendamt, werfen ein neues Licht auf die

Geschehnisse. Sie zeigen, dass durch gezielte Unterlassungen und Manipulationen meine Bemühungen um den Schutz meines Kindes systematisch behindert wurden.

Es ist wichtig, dass das Gericht erkennt, wie diese Unterlassungen und Falschaussagen in ihrer Gesamtheit zu einem Prozessbetrug geführt haben. Dies stellt nicht nur eine Straftat gegen mich dar, sondern auch gegen meinen Sohn, dessen Wohl durch dieses Verhalten massiv gefährdet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie, um ein schwerwiegendes Versagen des Jugendamtes und des Bereitschaftsdienstes in einer Situation darzulegen, in der es um die Sicherheit und das Wohl meines Kindes ging. Am 24.09.2022 suchte ich verzweifelt Unterstützung, da ich die Kindesmutter nicht erreichen konnte und mir ernsthafte Sorgen um mein Kind machte. Die Reaktion des Bereitschaftsdienstes sowie die mangelnde Unterstützung des Jugendamtes lassen erhebliche Fragen hinsichtlich ihrer Sorgfaltspflichten und ihres Verhaltens aufkommen.

Hergang der Ereignisse

Meine Besorgnis und mein Kontakt mit dem Bereitschaftsdienst

Am 24.09.2022 kontaktierte ich erneut den Bereitschaftsdienst des Jugendamtes, da ich weder telefonisch noch auf andere Weise Kontakt zur Kindesmutter herstellen konnte. Aufgrund ihrer bekannten Alkoholproblematik wollte ich sicherstellen, dass sie nüchtern ist und imstande, sich angemessen um unser Kind zu kümmern. Mein Ziel war es, dass der Bereitschaftsdienst eine Überprüfung vornimmt, ob sie erreichbar ist und ihr Zustand eine Kindeswohlgefährdung ausschließt.

Stattdessen wurde ich von der Mitarbeiterin des Bereitschaftsdienstes vehement abgewiesen. Sie verwies mich immer wieder darauf, die Polizei zu kontaktieren, obwohl ich erklärte, dass ich bereits zuvor die Polizei eingeschaltet hatte und diese jedoch keine Alkoholtests durchführte aus dem einzigen Grund dass sie nicht betrunken wirkte.

Der Verdacht auf Manipulation

Zwei Tage zuvor, am 22.09.2022, wurde die Kindesmutter mit 2 Promille Blutalkohol im Beisein unseres Kindes gestellt. Diese Information war dem Jugendamt bekannt, wurde mir jedoch nicht mitgeteilt. Statt mir Sicherheit zu geben oder die Situation zu klären, wurde meine Besorgnis am 24.09.

heruntergespielt. Es erscheint mir, als hätte die Mitarbeiterin des Bereitschaftsdienstes bewusst versucht, meine Sorgen zu relativieren, obwohl sie wissen musste, dass mein Anliegen ernst zu nehmen war.

Späte Erkenntnis

Später wurde mir klar, warum die Mitarbeiterin so vehement darauf bestand, dass ich die Polizei erneut rufe und ihre Untätigkeit mit klaren Lügen über ihre Befugnisse rechtfertigte: Es existiert ein Dokument vom 24.09.2022, in dem die Polizei bestätigt, dass die Kindesmutter zu diesem Zeitpunkt 0 Promille hatte.

Dieses Dokument wurde später vom Jugendamt bei der Polizei angefordert um in einem späteren Sorgerechtsverfahren einfließen lassen zu einem ganz besonderen Zweck.

Es wirkt, als hätte die Mitarbeiterin bewusst darauf hingearbeitet, diesen Einsatz zu provozieren, um mein Verhalten später vor Gericht als unberechtigt oder übertrieben darzustellen. Dies schien gezielt darauf abzuzielen, mich vor Gericht zu diskreditieren und meine Sorge um mein Kind als unbegründet erscheinen zu lassen.

Natürlich rief ich die Polizei an diesem Tag. Was hätte ich anderes tun sollen? Doch ein Anruf bei der Kindesmutter seitens des Bereitschaftsdienstes hätte gereicht, um die Situation zu klären. Die Mitarbeiterin des Bereitschaftsdienstes jedoch wusste offensichtlich mehr über die Situation, als sie mir mitteilte. Diese Manipulation, mich in eine ungünstige Position zu bringen, wirft ernsthafte Fragen über die Strukturen und das Verhalten der Beteiligten auf.

Aufzeichnung des Telefonats mit dem Bereitschaftsdienst

Um die Abweisung meiner fortwährenden berechtigten Sorge zu dokumentieren, habe ich das Telefonat mit dem Bereitschaftsdienst aufgezeichnet. Darin ist deutlich zu hören, wie meine Besorgnis ignoriert wird und ich wiederholt an die Polizei verwiesen werde. Die Mitarbeiterin des Bereitschaftsdienstes wusste zu diesem Zeitpunkt offenbar, dass die Kindesmutter aufgrund des Vorfalls vom 22.09. nicht erneut unter Alkoholeinfluss stehen könne, teilte mir diese Information jedoch nicht mit.

Das Verhalten, einen besorgten Vater ein komplettes Wochenende in Angst und Schrecken zu belassen, anstatt ihm in einem kurzen Telefonat die einfache Gewissheit zu geben, dass die Kindesmutter bereits gestellt wurde und keine akute Gefahr besteht, ist nicht nur ein gravierendes Fehlverhalten, sondern

tritt meine tiefste Sorge um mein Kind mit Füßen – und das von einer Institution, die eigentlich für Schutz und Hilfe stehen sollte.

Schlussfolgerung und Forderung

Das Verhalten des Jugendamtes und des Bereitschaftsdienstes war nicht nur unprofessionell, sondern manipulativ und verantwortungslos. Durch die mangelnde Kommunikation wurde meine berechtigte Sorge als Vater nicht nur ignoriert, sondern ins Lächerliche gezogen. Mein Kind wurde in dieser Situation im Stich gelassen, und ich wurde als besorgter Elternteil vollständig abgewiesen.

Ich fordere:

1. **Eine Prüfung des Verhaltens des Jugendamtes und des Bereitschaftsdienstes**, insbesondere der Mitarbeiterin, die am 24.09.2022 mit mir telefoniert hat.
2. **Eine Überprüfung, warum mir die Information über den Vorfall am 22.09.2022 nicht mitgeteilt wurde**, obwohl diese entscheidend für meine Einschätzung der Lage war.
3. **Die Berücksichtigung der Audioaufnahme des Telefonats** als Beweismittel, um die Umgangsweise des Bereitschaftsdienstes zu dokumentieren.

Anlage:

1. Audioaufnahme des Telefonats mit der Kindesmutter (22.09.2022)
2. Audioaufnahme des Telefonats mit der Kindesmutter (23.09.2022)
3. Audioaufnahme des Telefonats mit dem Bereitschaftsdienst (24.09.2022)

Ich hoffe auf eine gründliche Untersuchung dieses Vorfalls und eine Rückmeldung zu den eingeleiteten Maßnahmen. Gern stehe ich für Rückfragen oder weitere Erläuterungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Jäckel